

# Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

**Erscheint**  
mit Ausnahme des  
Sonntags täglich. Kofet  
für das halbe Jahr 5 fl.  
das Vierteljahr 2 fl. 50 kr.  
ein Monat 85 kr.  
Mit  
**Postverfendung:**  
Im Inland:  
halbjährig 7 fl., viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr., 2. B.  
Im Ausland:  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Redakteur u. Eigen-  
thümer  
Th. Steinhausen.

**Inferate**  
aller Art werden in der  
Steinhausen'schen Buch-  
druckerei angenommen; für  
Prof. Helwig die beiden M.  
Zeisler's Annoncenbureau,  
Königsplatz 60; für die  
Annoncenbureau A. Oppel-  
lik Wollgasse 22 und Has-  
enstein & Vogler Neuer  
Markt 11; für die Anstalt  
Haasenstein & Vogler in  
Berlin, Hamburg, Frank-  
furt a/M., Basel u. Paris.  
Das einmalige Einrücken  
einer einseitigen Wer-  
bung kostet 7 kr., das  
2. Mal 6 kr., das 3. Mal  
5 kr., 2. B. regel. der Stem-  
pelgebühr à 30 kr.

**Filial-Abonnements-Bureau:** In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei G. J. Habersang's Erben, Buchhandlung; in Szasz-Regen bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. M. M. bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn G. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Verträge franco erbeten werden.

Nr. 133.

Sermannstadt, Dienstag am 7. Juni

1870.

## Amthliches.

(Ernennungen.) Der k. ung. Minister für Cultus und öffentlicher Unterricht hat den provisorischen Zeichenlehrer am Sermannstädter Staatsobergymnasium Johann Agotya ebenfalls zum ordentlichen Zeichenlehrer ernannt.  
Titus Jendrassik zum Kanclisten zweiter Klasse bei der Raaber Finanzdirektion; Franz Papp zum Nitzkybäcker Steueramtsassistent; Joh. Dragásky zum Zehelbinder Steueramtsassistent.  
(Namensänderungen.) Der Mediziner Adolph Landauer in „Ligeti“; der Badruager Einwohner Franz Kadlec für sich und seine Kinder Elena, Franz und Laura in „Latacs“.  
(Amthliche Verlegung.) Der S. y. Kommer Bezirksstudienrathes im k. r. Komitat ist von Jpp nach Remér (letzte Post Széplak im Bihar Komitat) verlegt worden.

## Politische Uebersicht.

Wien, 3. Juni.

Das gesammte politische Leben wird momentan von der Wahlbewegung beherrscht. Alles, was hiezu nicht im Zusammenhange steht, tritt entschieden in den Hintergrund. Die Regsamkeit in den deutschen Provinzen beruht in der That zu den besten Hoffnungen. Aber auch die Ministerialen in Oesterreich, Kärnten und Tirol beginnen ihre Thätigkeit. Glücklicherweise tritt ihnen die liberale Partei energisch entgegen und stellt hiedurch die sichere Erwartung in Aussicht, daß die Ultramontanen kein neues Terrain gewinnen, an vielen Punkten aber vom alten verdrängt werden dürften.

Rührig zeigen sich auch die Deklaranten Mährens. Auf diese konzentriert die staatsrechtliche Opposition ihr ganzes Augenmerk, weil sie es fürchtet, daß die Gesetze in Mähren das Treiben der nationalen Führer länger fort haben, daß sie sich dem Übergange derselben entziehen wollen.

Ein bemerkenswerthes Wort des Grafen Potocki berichtet der Wiener Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“. Bei den Verhandlungen mit den galizischen Führern, heißt es in der bezüglichen Korrespondenz, gab er die Erklärung ab, die ihnen zugesandten Konzeptionen vor dem Reichsrath zu vertreten. „Mit Ihnen sitze und falle ich dann“ — rief der Ministerpräsident seinen Landstleuten zu, auf welche, sagt der betreffende Korrespondent weiter, diese Worte nicht minder Eindruck gemacht haben dürften, als die Erwägung, daß eine günstige Gelegenheit für sie nie wiederkehren werde, wofür sie die sich heute darbietende durch Verblendung unbewußt verstreichen ließen.

Die alte „Presse“ bleibt dabei, daß die Polen mit den vom Grafen Potocki in Aussicht gestellten Conzeptionen nicht zufrieden seien. Die czechischen Blätter erklären die Conzeptionen ebenfalls für ungenügend, aber, meint die „Politik“, Graf Potocki wäre geradezu „nicht geschick“ gewesen, wenn er den Polen mehr bewilligt hätte, da sie mit dem „Wenigen“ schon zufrieden seien. Die staatsrechtliche Opposition in Böhmen und Mähren könne aber aus den Conzeptionen des Grafen Potocki sehen, welche Autonomie sein Programm für sie bereit hielt und werde sich für einen solchen „Ausgleich“ bedanken. „Politik“ meint: Aus dem ganzen Vorgehen des Grafen Potocki befähigt sich, daß die letzte Ministerliste rein überflüssig war, da die Minister Herbst und Ostka sich mit den Polen ebenso auseinandergesetzt hätten. „Die Gesetze, schließt der „Post“ seinen ersten Artikel, wären nie wie die Polen auf den Leim gegangen.

Auch ein czechisches Memorandum. Unter dieser Aufschrift schreibt Fr. Palacki in der heutigen Wiener „Reform“:

„Der angelegte Reichsrath ist eine aus ungerechten und unbedingten Wahlordnungen hervorgegangene Verammlung von Abgeordneten einiger nichtungarischen Länder, die sich eine diktatorische Gewalt über Böhmen anmaßen. Die sogenannte Verfassung ist nichts als ein künstlich eingerichteter politischer Organismus zur Verwaltung eines Volksstammes durch den anderen, einer Partei durch eine andere. Der Liberalismus, der zu seiner Stille Folger und Gendarmen, willkürliche Richter und Kerkermeister in Anspruch nimmt, ist der unverkennliche und verächtliche Despotismus, den es je irgendwo gegeben hat. Wer in der Staatsgesellschaft herrschen will, ist kein Freund der Freiheit; denn das Herrschen der Einen setzt nothwendig die Knechtung Anderer voraus, die da beherrscht werden sollen, und wo es um deren und Knechte geht, da kann von Freiheit keine Rede sein. Wenn daher Deutsche und Magyaren über die Slaven und Romanen in Oesterreich und Ungarn herrschen und dabei doch auch der Ruf der Freimüthigkeit anrufen wollen, so liegt in dem Beiden entweder Wahnwitz, oder schamlose Heuchelei.“

Das sind wohl arge Uebertreibungen. Man hat ja hundertmal gerade von söde-asiatischer Seite behauptet, daß die Slaven nur die Verfassung anzunehmen brauchen, um die Deutschen majoritäre zu können; wie kann also die Verfassung gleichzeitig auf „Knechtung der Slaven“ ausgehen? In Wahrheit liegt die Sache so, daß die Nationalitäten, ohne eine die andere zu „knechten“, einen modus vivendi unter einander finden müssen, und es handelt sich nur, ob das gleich für das große ganze Oesterreich oder für 17 Sonderstaaten geschehen soll. Wenn man heute die Reichsverfassung zu Falle bringt, so ist der Nationalitätenhader nicht beendet, sondern nur in die einzelnen Länder verlegt.

Am Schluß des Palackischen Artikels kommt die leider schon übliche Forderung mit der Auflösung Oesterreichs:

„Die Böhmen haben seit Menschengedenken Beweise ihrer Loyalität in Hülle und Fülle dargebracht; trotzdem wurden und werden sie in Oesterreich, unter den Augen der Regierung, fortwährend geknechtet, gequält und verumflumpft; ihre nationale Ehre gilt in Wien stets für vogelfrei, und sie werden zunächst nur durch feindselige Behandlung ausgebeutet. Gleichwohl besitzen sie bis zur letzten Stunde immer, man werde endlich doch einmal zu der Einsicht kommen, daß Gerechtigkeit und das gleiche Recht für Alle die beste Politik für Oesterreich sei. Nachdem sie nun aber den Reichsgelächter Gopfnungen bis auf die Krone geleert, wäre es da ein Wunder, wenn sie endlich der Gefahr, in die der Staat sich selbst führt, gleichgültig zusehen und auch dessen Untergang keine Rücksicht nehmen würden? Den ihnen zugekommenen nationalen Selbstmord werden sie aber gewiß nie und nimmer sich zu Schulden kommen lassen.“

Wir möchten, die Ehelichkeit der Gesetze für den Untergang Oesterreichs wäre für sie eben der wahre nationale Selbstmord, mögen sie nun nach Berlin oder Moskau blicken.

Die Verhandlungen, welche im Bundesrath, das heißt zwischen den Regierungen, über die Todesstrafe stattgefunden haben, sind jetzt wenigstens so weit veröffentlicht, daß die Stellung, welche die verschiedenen Regierungen dabei eingenommen haben, bekannt geworden ist. Daraus ergibt sich mit Gewißheit, daß eine starke Minorität gegen die Beibehaltung der Todesstrafe im Bundesrath gewesen und daß die Minorität zu einer einstimmigen gegen die Todesstrafe geworden sein würde, wenn Preußen sich den Gegnern der Todesstrafe angeschlossen hätte. Gestimmt für die Todesstrafe haben eigentlich nur Preußen und Mecklenburg.

„Ehre dem Könige!“ so beginnt die sonst nicht royalistische „Zukunft“ heute ihre politische Uebersicht und schreibt als Commentar zu diesem Ausdruck: „Die sächsischen Reichstags-Abgeordneten haben bekanntlich alleseits — mit einer einzigen Ausnahme — ohne Unterschied ihrer sonstigen politischen Parteinestellung gegen die Todesstrafe gestimmt. Und sie haben so gestimmt nicht bloß als Vertreter des Volkes, sondern auch als Mandatäre ihres Königs. Denn der König Johann hat die sächsischen Abgeordneten, so weit er über vor der Abreise nach Berlin in Dresden habhaft werden konnte, zu sich beschieden und ihnen auf Wort und Handschlag das Verprechen abgenommen, daß sie gegen die Todesstrafe stimmen würden. Und die Sachsen stimmten wie Ein Mann gegen die Todesstrafe, mit Ausnahme des Sohnes von Robert Blum.“

Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Eine hochwichtige Nachricht, deren Veröffentlichung freilich abzuwarten ist, wird uns heute von einem unserer Florentiner Correspondenten geschrieben. „In den italienischen Regierungskreisen“, meldet derselbe, „gibt man sich der Hoffnung hin, daß, (be zwei Monate um sich, Rom — die Hauptstadt des Königreiches Italien sein wird. Die Nachricht der Agence Havas, daß die französische Regierung daran denke, nach der Proclamation der Unfehlbarkeit ihre Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, sei eine wohlbegünstigte (nebenbei gesagt, ist diese Nachricht von offizieller Seite in Paris nicht in Abrede gestellt worden); in Frankreichs Absicht könnte es aber nicht liegen, die ewige Stadt den Republikanern preiszugeben. Vielmehr seien bereits Verhandlungen mit dem florentiner Cabinet im Zuge, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als daß der Kaiser der Franzosen, um das italienische Königreichum gegen das Anbringen der republikanischen Fluth neu zu stärken und es in den Augen der Nation zu heben, seine — wenn auch nicht ausdrückliche, so doch stillschweigende — Zustimmung dazu gibt, daß unmittelbar nach dem Abmarsche der Franzosen königlich italienische Truppen den Kirchenstaat besetzen. Und es sei alle Aussicht vorhanden, daß Napoleon III. — ferner er nach dem Plebiszit auf den Clerus nicht mehr so angewiesen ist wie früher — so wie im Jahre 1860 zu den italienischen Generalen sagen werde: „Pailles, mais faites vite — machen Sie, aber machen Sie schnell.“ Wir geben diese Nachrichten mit aller Reserve wieder, vor einigen Monaten hätten wir sie völlig unbekannt gelassen, aber in Folge der letzten italienischen und der Vorgänge auf dem Concil klingen sie nicht so unwahrscheinlich mehr.“

Endlich haben die Clericalen ein Wunder entdeckt, durch welches der Himmel seine Sympathie für den Papst und das Concil ausgedeutet und dazu in einer ganz furchtbaren Weise geoffenbart hat. Der „Univers“ erzählt, daß die vier schismatischen Patriarchen, der griechische und der syrische in Alexandrien, und der armenische und gleichfalls griechische in Konstantinopel seit der Gründung des Concils verstorben sind. Diese vier Patriarchen haben der Einladung des Papstes, an dem Concil theilzunehmen, keine Folge leisten wollen, und deshalb „Richt auch das Volk von Alexandrien, so sehr ist man dem „Univers“ in diesen raschen Todesfällen die Zuchtrübe Gottes“. Der armenische Patriarch soll sogar sogar selbst auf seinem Sterbebette diese Uebersetzung ausgesprochen haben.

Am 28. Mai wurde in Rom wieder über die Unfehlbarkeit debattirt. Die Debatte dauerte von 9 Uhr Morgens bis 1 Uhr. Für das Dogmatische Senatscollegium von Regensburg, Bravard von Goulanes und Halagi, ein Kamäner, auf. Gegen dasselbe sprach der Bischof Verot aus Savona nach in den Vereinigten Staaten. Wie der „Univers“ in verächtlicher Weise andeutet, ist dieser Bischof, ähnlich wie Streifmayer, vom Versessenen Caspari unterbrochen worden. Dieser Bischof erklärte, er betrachte ein bejahendes Votum für die Infallibilität als ein Sacrilieg, wurde in Folge dessen von Caspari darüber interpellirt, worauf er die Rednertribüne verließ. Wahrscheinlich dürfte er durch das Leben der Mameluken dazu gezwungen worden sein.

Man rechnet seitens der Infallibilisten mit Sicherheit darauf, daß die Unfehlbarkeit am 17. Juni werde decretirt werden. Da auf diesem Tag auch der 24. Jahrestag der Wahl Pius IX. zum Papste fällt, so wird das ein doppeltes Fest geben mit Kanonendonner, Feuerwerk und anderen hierzu gehörigen Spectakeln. Der Papst hat nicht nur seine Einwilligung hierzu gegeben, sondern selber einen seiner Hausarchitekten befohlen, den Entwurf für eine Belichtung der Fassade und des Porticus von St. Peter zu zeichnen.

In der letzten Besprechung, welche der Marquis Damoreville mit dem Kardinal-Staatssekretär hatte, ward diesem in bestimmter Weise eine neue Besetzung Roms durch Napoleonische Truppen zugesichert, sobald tr-

## Fenilleton.

### Von Kronstadt nach Neustadt.

[Aus der Allstadt nach Neustadt. — Unfruchtbarkeit der Sachsen in der Gemeindevermehrung. — Neustadt das sächsische Musterdorf. — Plan zu einem volknaturgeschichtlichen Rundgang im Burgenland.]

Durch die Kronstädter Allstadt fährst Du auf der am sogenannten Geiprengberg gen Süden umliegenden Lötzburger Straße, und hier gelangst Du in einer kleinen Stunde, unter jenen Waldbergen hinfahrend, an deren jenseitiger, östlicher Seite die Kirchhöfen der Kronstädter und weiter oben die hocherbene Wiesenschläge Pojana gelegen sind, nach dem Dorfe Neustadt — dem nächsten Orte von Kronstadt.

Nicht bloß sein Name zeigt an, daß Neustadt eine neuere Anlage der Sachsen ist, und zwar der Kronstädter Sachsen aus der „Allstadt“, die ihre neue Ansehung im Gegensatz zu der Muttergemeinde, „Neustadt“ nannten — sondern es läßt auch die Kleidung und die Erwerbsart der Neustädter vielfach ihre Ähnlichkeit mit den bis heute bäuerlich gebliebenen Allstädtlern Kronstadts erkennen, so daß es glaublich erscheint, was die Sage erzählt, nämlich:

Die jetzige Kirche unterm Geiprengberg am Ende der Allstadt — aus der katholischen Zeit „Kirche zu St. Bartholomä“ genannt — und die Burg auf dem Geiprengberg, deren Spuren heute noch sichtbar sind, seien der Mittelpunkt der alten Brassovia gewesen, die sich von hier an der jetzt freien Seite des Geiprengberges weiter in die Burgenfläche ausdehnte. Eine unbekannte kriegerische Zerstörung nöthigte die Brassovier ihren bessern Schutz in einer neuen befestigten Anlage des jetzigen eigentlichen Kronstadts (Innerstadt) unter dem Kapellenberg zu suchen, und legten gewiß auch damals die erste Befestigung am jetzigen Schloßberg an. Aus der damals

umwohnenden Bevölkerung, die in Handwerker und Landbauern getheilt war, wie das in allen sächsischen Hauptorten vorkommt, mochten die ersten die jetzige Innerstadt anlegen, die Landbauern aber haben ihren neuen Aufenthaltsort südlich vom alten Kronstadt unter den Bergen genommen; sie haben Neustadt in der Nähe von Rosenau begründet. Die Sage läßt hier eine reiche Frau eine Art Landgut auf Rosenauer Gebiet besitzen. Auf diesem Landgut fanden die von Kronstadt und wohl auch von Rosenau kommenden Anseher ihre Aufnahme.

Das heutige Neustadt ist sichtbar mit seinem kleinen Ackergebiet eingegrenzt in die Kronstädter und Rosenauer Feldmarken, die hier zusammenhängen. Es fehlt der Gemeinde Neustadt die reiche Beschäftigung mit Wald und Weide, die unsere ursprünglichen Ortsanlagen besitzen — zum Glück für Neustadt, sonst wären die Neustädter nicht das prächtige, denkend feindselige Völkchen geworden, welches sich durch Kopf und Hand noch mehr, als den Ertrag für den sonst so hoch gehaltenen Luxus an Acker, Weide und Wald zu schaffen wußte. Und so kann man daran nicht zweifeln, daß Neustadt eine neuere Anlage — gleichviel ob von Kronstadt oder Rosenau, oder von beiden zugleich — ist.

Wenn ich mir dieses Neustadt anschau — heute unser Musterdorf — in seiner Rührgkeit und Wohlhabenheit — diese statliche große Bevölkerung mit dem reichen, vorzüglichen Viehstand im Stall gehalten, mit seinem rathlos — nämlich ohne Brache — angebauten kleinen Garten, mit seinem Ackerbauhandel und bergleichen mehr, was ich gleich näher beschreiben werde — so ersäht mich allemal der Schmerz darüber, wie doch sonst unter Volk auch in den ursprünglichen Gemeindegliedern, trotz ihren übermäßigen Bemerkungen so wenig Vernehmungsfähigkeit besessen hat und bis heute noch keine besitzt! Unser Neustadt, eine Tochtergemeinde der altbedehenden Gemeindeglieder Kronstadt und Rosenau, bildet eine Ausnahme in unserer Volksentwicklung. Eine bezaubernde Entfaltung einer Gemeinde aus der anderen kommt sonst nirgend und niemals bei uns vor — soweit mir wenigstens die Verhältnisse bekannt sind. Wie besitzen neuere Dörfer der Pomäranen und der Selter; der ersten zahlreich auf sächsischen Gebieten. Von den Sachsen aber gibt es nur ausgeföhrte und im Absterben begriffene Ge-

meinden; Tochtergemeinden alter Dörfer oder Städte gibt es keine. Wir haben namentlich im Burgenland sächsische Gemeinden, welche derart große Ackergebiete besitzen, z. B. Tautlau, Gönitzberg, Petersberg, daß sie dieselben nicht zu benutzen vermögen. Sie geben sie heute noch in ganzen Gewanden bis auf je 1000 Joch an die benachbarten Siebenbüdler in Pacht zu Gunsten ihrer Gemeindeglieder, mit dem Vorbehalt der Brach- und Stoppelweide auf den verpachteten Ackern für die eigene Viehherde. Ihre eigenen Kinder dahin in einer Gruppe von 40—50 Wohnhöfen anzusiedeln — dazu fehlt es den Sachsen an der Lebenskraft. Sie freuen sich nur, daß man mit dem Pachtpreis der überflüssigen „Ackergewände“ die Gemeindeglieder befreit und auch noch die Brach- und Stoppelweide profitirt. Das ist so die sächsische Wirtschaftspolitik.

Dem landwirtschaftlichen Aufblühen im Sachsenland steht offenbar die, vom Ursprung an gebliebene übergroße Anlage der Dörfer und ihrer Gemarkungen im Wege. Die zukünftige Landwirtschaft, um die Aufgabe zu lösen, die ihr gestellt ist, muß sowohl die Theilung der großen Gemarkungen in mehrere kleinere, als auch selbst auf den getheilten Gemeindegliedern ein günstigeres Verhältnis zwischen Wirtschaftsbetrieb und Feld beizubringen. Eine bessere Wirtschaft und Volksvermehrung lassen sich nur erreichen durch die Abtheilung kleiner Tochtergemeinden an dem entlegenen Theil der Ackergebiete — entweder mit oder ohne Commassation; jedenfalls besser mit der Commassation.

Die jetzigen großen Ackergebiete in öster meilenweit gestreckter Lage, lassen sich gar nicht anders commassiren, als indem sich die Gemeinde in die Mutter- und eine oder mehrere Tochtergemeinden theilt; denn die Commassation will nicht nur die Zusammenlegung des Grundbesitzes, sondern auch die möglichste Nähe des Wirtschaftsbetriebes zum Acker. Diese Nähe zum Acker läßt sich nur durch die Anlage von Filialgemeinden und einzelner kleinerer Gruppen von Weilerhöfen erreichen.

Sie würden sich dann die jetzigen Uebelstände begeben, nämlich daß die weiter gelegenen Acker ohne gehörige Kultur bleiben oder gar in fremde Hände übergeben und daß unsere Bauern glauben, ihr Ackergebiet könne keine größere Bevölkerung ernähren, als es bisher bequem ernährt hat.

Inland.

gend eine revolutionäre Freischaar das römische Gebiet betreten würde. In diesem hoffentlich nicht einwirkenden Falle würde das französische Des-

Das Telegramm, welches die „Alliance Italique“ über die Judenverfolgung in Botschan (Rumänien) veröffentlicht, lautet: „Sereth, 30. Mai. Vorgerathen Abends war die Stadt Botschan der Schauplatz eines schrecklichen, unter den dortigen Juden angerichteten Blutbades, einer furchtbaren Schlächterei. Kaum setzte die Mitternacht diesen Grausamkeiten ein Ziel. Gestern früh gab sich der Blutdurst der christlichen Bevölkerung in neuen Gewaltthatigkeiten kund. Die Juden und ihre Familien wurden in den Straßen, in ihren Häusern, in den Verstecken, wohin sie sich geflüchtet hatten, brutal angegriffen und mißhandelt. Um 1 Uhr Nachmittags trat ein großer Theil der israelitischen Bevölkerung die Flucht an. Von allen Seiten hört man nur die Rufe: „Zum Tode! Zum Tode!“ Die Wuth des Böbels ist schrecklich. Wir setzen Ihren Verstand an.“

Der Einfall der Genier in Canada ist dieses Mal in so überaus kläglichster Weise in Szene gesetzt worden, daß die ganze Geschichte sich fast einer ewigen Bespottung entzieht und unwiderstehlich zum Spotte reizt. Nach alledem, was man bisher in den Vereinigten Staaten und in Island von dem Vönmuth, dem Felscherrath und der Tappferheit O'Neills und seiner Getreuen erzählt, hätte die Sache sich in der That nicht lächerlicher entwickeln können, und wenn die meisten Blätter den ganzen Vorfall mit ungewöhnlicher Mäßigung besprechen und vor übermäßiger Strengung gegen die etwa eingebrachten Gefangenen abmahnen, so zeigt sich in dieser Stimmung klar und unverkennbar die allgemeine Verachtung, mit welcher man auf das Treiben der Genier herabsieht. Die rechte englische Erbitterung über einen ungedrungenen Anfall kann unter solchen Umständen gar nicht aufkommen, und es wird in den Wochenblättern „Saturday Review“ und „Spectator“, so wie an andern Orten nur mit einer gewissen überlegenen Ränke die hoffnungslose Unfähigkeit des Unternehmens dargelegt. Große Heiterkeit erregt die Boreiligkeit, mit welcher die irischen, nationalen und sentierfreundlichen Blätter bei der ersten Nachricht von einem bevorstehenden Einfall alsbald auf den Keim gingen, und für Islands Heldenjähne in die Lärmtrompete stießen.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Beft, 2. Juni. (Oberhaus.) Präsident: Vicepräsident Graf Johann Cziráky. Schriftführer Graf Julius Csáky, B. Julius Nyáry. Die Regierung ist durch Finanzminister Kerkapoly und Staatssekretär Hollán vertreten.

Nach Verlesung und Authentifizierung des Protokolls der vorigen Sitzung richtet B. Julius Nyáry an den Kommunikationsminister die Frage, ob er die „primitiven“ Fahrstraßen in Stand setzen zu lassen gedenke? Nyáry ist bereit, daß die Interpellation dem Minister zugestimmt werde und das Haus übergehe zur Tagesordnung. Auf dieser steht zunächst die Diskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Ablösung der Theilhaber-Kontrollrechte. — Die Verlesung wird ohne Diskussion angenommen.

Folgt die Verlesung über den Ausbau der Nyiregyháza-Ingbrüter Bahn. Graf Emanuel Andrássy eröffnet die Diskussion über den Gesetzentwurf, indem er zu demselben die Resolution beantragt: daß Ministerium wird angewiesen, dem Hause auf Grund authentischer Daten den Nachweis zu liefern, daß das angesehene Etragniß der Bahn 2/3 der Zinsengarantie erreichen werde, da das Haus die Zinsengarantie nicht eher zu votiren gewillt ist.

Nach längerer Debatte, an welcher sich Graf Franz Zichy, B. Josef Bödök, Graf Josef Waldheim, Finanzminister Kerkapoly, Nikolaus Perczel, B. Bela Kerpády und Hollán betheiligt, wird die Resolution verworfen und die Verlesung sowohl in der General- wie auch in der Spezialdebatte unverändert angenommen. Desgleichen die hierauf verlesenen Gesetzentwürfe über den Ausbau der Gömörer Industriebahn, der Bányász-Madasser Bahn und den Ausgangspunkt der Siebenbürger Bahn.

Beft, 4. Juni. Das Abgeordnetenhause hielt gestern eine kurze Sitzung. Nach Erledigung der formalen richtete Ernst Simonpi an das Gesamtministerium folgende Interpellation:

1. Sichert sich das Gesamtministerium den vom Minister des Innern vorgelegten und vom Hause den Sectionen zugewiesenen Gesetzentwurf über die Organisation der Jurisdiktionen an, oder tritt für denselben bloß der Minister des Innern ein?
  2. Hat die Regierung gewisse Grundprinzipien in dem Gesetzentwurf festgesetzt, an deren Annahme oder Nichtannahme sie ihre Stellung knüpft, und wenn ja, welches sind diese Prinzipien?
- Hierauf überreichte Kommunikationsminister Gorove einen Gesetzentwurf, wonach die Streck: Mezö-Bátschely-Gyála eröffnet und dem Verkehr übergeben wird, und einen Gesetzentwurf über die Einführung des Decimal- und Metermaßsystems in Ungarn.
- Nachdem hierauf noch mehrere weniger bedeutende Kommissionsreferate vorgelegt wurden, gelangte der Gesetzentwurf bezüglich der Verpachtung des Franziskaners zur Verathung.
- Der Gesetzentwurf wurde einfach verlesen und angenommen.
- Die nächste Sitzung findet Freitag Vormittag 10 Uhr statt.

Hermannstadt, 7. Juni. Se. Majestät der Kaiser hat für die durch Ueberfluthung verunglückten Inwohner der Ortschaft Nagybun in Siebenbürgen eine Unterstützung von 2000 fl. aus a. h. Privatmitteln bewilligt.

Maros-Bátschely, 31. Mai. Die Kirchenverwaltung der evang. Glaubensgenossen hies. Bek. im Maroser Bezirke fand hier am 17. 18. und 19. d. M. statt. Dieselbe bot hinreichend Ansehendes. Ich will aus den zur Verhandlung gebrachten Gegenständen mehrere mittheilen.

Aus dem Berichte des Vorsitzenden Des. Josef Peterffy ist zu entnehmen, daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Kirchenbezirke 4615 ausmacht, hievon besuchten im abgelaufenen Jahre die Schule im ganzen 2870, während die übrigen 1745 keinen Unterricht genossen; in diese Kategorie gehören zumest Mädchen, deren Eltern den Schulbesuch nicht nur für eine überflüssige, sondern sogar für eine schädliche Beschäftigung ansehen.

Von den einzelnen Schenkungen, welche von Bezirksgemeinden gemacht wurden, sind zu erwähnen, jene der Gemeinde Lufa-Zlenczafala mit 860 fl. zu Schulzwecken, — der Gemeinde Szereda mit 1070 fl. zu einem Thurmbau, — der Gemeinde Maros mit 98 und Vere-Kerefür mit 136 fl. zu Schulzwecken. Außerdem spendeten Nikolaus Dósa der Gemeinde Selye 7 Joch Grund, Graf Dominik Teleki der Atosfalber Schule 40 fl., der Barzsa-Madaraszer Geistliche Josef Kofonczy der Kirche zu Szent-Jure seine Forderung von 100 fl. sammt 7jährigen Zinsen, — der Grundbesitzer in Selye Winkler, obgleich Katholik, zum dortigen Thurmbau einen namhaften Betrag. — Die Kirchengemeinden dieses Bezirkes bedürfen wahrlich der Unterstützung; in Nyomán hat der Cantor und Lehrer 35 fl. 41 kr. Gehalt auf's Jahr (wäre selbst für einen Schweinehirt zu wenig); in Madaras bezieht der Cantor den größten Gehalt mit 538 fl. 24 kr. auf's Jahr; dafür beträgt das Einkommen des Geistlichen in Hargó 165 fl. 22 kr. der bestdotirte Pfarrer in Baja hat ein Jahreseinkommen von 893 fl.; wogegen das Jahreseinkommen des Pfarrers in Kendó zwei Gulden und sechs Viertel Haster ausmacht.

Aus der Staats-Subvention per 14000 fl. wurden befocht: die Gemeinden Kerefür und Badab mit je 200, die Lufa-Zlenczafaler Schule mit 150, der Giffoalder Pfarrer mit 30, die Schullehrer: Alexander Süsköld mit 20, Stefan Peter und Daniel Kis mit je 15 fl.

Es kamen auch wichtige prinzipielle Fragen zur Sprache, unter Anderem eine Zuschrift des reformirten Bischofs und des Klausenburger Oberkonfistoriums, worin der Grundsatz aufgestellt wird, daß die ev. ref. Landeskirche das im Besitze der einzelnen Kirchengemeinden befindliche Vermögen und die Schulen derselben als Eigenthum nicht der einzelnen Versammlungen, sondern als gemeinsames Eigenthum betrachte und daß hieraus folgen das Recht, irgend eine Schule in eine Gemeindefchule umzugestalten, ausschließlich dem Oberkonfistorium zuzustehen.

Die weltlichen Mitglieder betonten dem gegenüber, daß es unmöglich sei, alle Schulen nach der geistlichen Vorschrift aus eigenen Mitteln zu betreiben, nachdem es doch im Kirchenbezirke Schullehrer gibt, welche einen Jahresgehalt von 35 fl. beziehen; daß die hies. stets negative Abweisung des Oberkonfistoriums zu dessen Stellung als oberstes Kirchenforum nicht würdevoll sei und es besser wäre, wenn es die Volkserziehung mit positiven Vortheilen fördere und dort, wo es gar nicht helfen könne, das Terrain dem Staate überlasse; daß endlich das Princip der corporativen Autonomie der individuellen, beziehungsweise der Gemeinde-Autonomie gegenüber ein überwundener Standpunkt sei.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Laien: die Oberkonfistorialjurisdiction zur betretenden den Kenntniß zu nehmen, abgelehnt, dagegen der Antrag: die Zuschrift bezugs Darzuschaltung zur Kenntniß zu nehmen, von der überwiegenden clericalen Majorität zum Beschluß erhoben.

In dem nahen Nagybun soll demnächst hauptsächlich in Folge der Ruinirung des dortigen Grundbesitzers Baron Josef Valint eine confessionnelle Schule zu Stande kommen. Nun richtete der dortige reform. Pfarrer Johann Körönczy, mit Rücksicht auf die einschlägigen Verordnungen des Oberkonfistoriums an das Bezirkskonfistorium die Frage, ob er eine etwaige Erwählung in den Schulsenat der Gemeinde wohl annehmen dürfe? Das Bezirkskonfistorium gab hierauf den Bescheid, daß diese wichtige Sache früher dem Oberkonfistorium unterbreitet werden müsse, bis zum Herablangen eines diesfälligen Bescheides aber möge der Herr Pfarrer aus seinem confessionellen Kreise nicht heraustreten. — Die Bezirkskirchenversammlung trat dieser Ansicht nicht bei, weil der §. 117 des 38. G. L., durch die Bestimmung, welche die Geistlichen aller Confessionen in den Schulsenat beruft, den Seelsorgern keine Verpflichtungen auferlegt, sondern Rechte einräumt, auf welche sie, als Diener ihrer Confession, nicht verzichten dürfen; selbst wenn damit eine Verpflichtung verbunden wäre, so dürfen sie sich derselben nicht entziehen, weil dieselbe durch ein sanctionirtes Gesetz vorgeschrieben ist. Die Versammlung wies demgemäß ihre Seelsorger an, in Einkunft ohne jegliche Instruktion dem sanctionirten Gesetze zu gehorchen. Auf die Frage, was zu geschehen habe, wenn die Diener der Kirche von ihrer kirchlichen Behörde eine Verordnung erhielten, welche den Landesgesetzen zuwiderläufe? wurde beschloffen, daß in solchen Fällen die

Kirchenversammlung die Sache des einzelnen Individuums zur eigenen mache und als Corporation unter Zurückweisung der ungeschlichen Verordnungen des höhern Organes mit dem ganzen Gewichte ihres Beschlusses und Ansehens die Stellung des einzelnen untergeordneten Mitgliedes bede.

Der Volkschullehrer in Atosfalva Adam Porzolt hatte zu Gunsten der interconfessionellen Schulen im „Székely Hirap“ mehrere Artikel veröffentlicht. Ueber Auftrag des reform. Bischofs Peter Nagy ließ das Bezirkskonfistorium den genannten Schullehrer vorladen und forderte denselben auf, seinen „die Kirchenobrigkeit verhöhnen und herabsetzenden“ Artikel in dem betreffenden Blatte zu widerrufen. Der Verfasser im Gefühle seines Rechtes, seine individuelle Ueberzeugung als Privater in der Presse zu jeder Zeit auszusprechen zu dürfen, verweigerte als echter Protestant die Erfüllung dieser für Rom passenden Anathema ähnlichen Forderung. Das Bezirkskonfistorium mochte das Reactionaire der hiesigen Stellung, in die es gerathen, fällen und beschloß, die Sache nochmals einer „reife“ Erwägung zu unterziehen, um die Bahn, welche zum „index librorum prohibitorum“ führt, zu verlassen. Die Bezirkskirchenversammlung erklärte, man solle die Schullehrer durch solche Placereien nicht belästigen und ihnen das Recht, frei zu denken und zu arbeiten nicht bestreiten — und sprach beschlußmäßig die Erwartung aus, daß das Bezirkskonfistorium, im Hinblick darauf, daß der verlegende Inhalt des Artikels mit keinem einzigen Satze erörtert worden, seine unbegründete erste Entscheidung aufhebe und eine andere begründete Entscheidung treffe, welche dem Geiste protestantischer freier Denkart entspricht.

Beft, 31. Mai. Seit 25. d. M. befindet sich hier eine Deputation aus Broos, bestehend aus den Herren: Med. Dr. Daniel Lószay, pens. I. Obergerichtsrath Friedrich Wagner und Michael Dobo, Reichssekretär, um zu erwirren, daß für Broos der Antrag eines Kreisgerichtes bestimmt werde. — Für diesen Fall hat durch diese Deputation die Stadt und der Stuhl Broos das Anerbieten gemacht, die für die Kanzlei-Kontakaten und Arreste dieses Gerichtes erforderlichen Mietzinse — nach einer gegenseitig zwischen der Stadt und den Stuhlgemeinden vereinbarten Uebereinkunft — selbst bezahlen zu wollen. — Aus prinzipiellen Rücksichten soll aber, wie wir von verschiedenen Seiten hören, für den Erfolg der diesfälligen deputationsgemäßen Bemühungen für Broos, keine Aussicht weiter obwalten. — In 3—4 Tagen kehrt diese Deputation nach Siebenbürgen zurück.

Beft, 1. Juni. Gorove will das Kommunikationsministerium schon nächster Zeit compleetiren. An Stelle des Ministerialratschaltz soll Deputationsingenieur Tolnay treten. Die verlaute, soll Minister Szlay für Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches in Ungarn sein; demgemäße Anträge wären bevorstehend.

Beft, 2. Juni. Der Candidat für die Deputirtenkammer, Julius Nowothen, wurde vom Diemotár des Hoveser Comitats, Ferdinand Seberkényi, im Duell erschossen.

Der professorische Zulentand des Nationaltheaters Graf Anton Zichy ist zurückerufen, weil ihm die so lange verzögerte definitive Ernennung als ein Zeichen von Mißtrauen in seine Befähigung erschienen und die wiederholte begehrte und zugelegte Subvention für das Theaterpersonal durchaus nicht flüchtig gemacht werden konnte.

Beft, 3. Juni. Die „Reform“ meldet: Sektions-Chef Oberst König veranlagte durch Oberst Subaritis die Abwendung einer Militär-Grenzer-Deputation nach Wien. Die Torontoer Congregation verurtheilt das Debretziner Rundschreiben und wünscht baldmöglichste Erledigung der Comitats-Reform.

Der „Pester Lloyd“ erfährt aus Petersburg die Mittheilung, daß hier ein russisches Consulat und außerdem noch ein selbstständiges politisches Secretariat errichtet werden soll.

Der Finanzaußschuß des Unterhauses hat in der gestrigen Nachsitzung die Neutralitäts-Linie im Verein mit der Neuhäusel-Komoner angenommen, ferner das Bauproject des Pester Postamtes und den Nachtragscredit für Colonisation bewilligt.

Gestern fand eine Ministerconferenz im Palais Andrássy statt, die bis Mitternacht dauerte. Gegenstand der Berathung war die Municipalreform und andere nicht minder wichtige und dringende Fragen. — In Hohenau auf der Murinsel sind 200 Häuser abgebrannt; das Uebrig ist groß. — Gram, 1. Juni. Dr. Starcevic, der Verfasser der Pamphlets gegen Jellacic, wurde seiner Stelle als Professor entsetzt. (Starcevic war so eine Art croatischer Regierungs-Demokrat, der — nach Wiener Muthen — die Opposition vom republikanischen Standpunkte aus bekämpfte) Weitere Entsetzungen sollen bevorstehen.

Carlowitz, 2. Juni. In der gestrigen Kongresssitzung wurden 8 Artikel des Organisationsentwurfes erledigt und der Antrag des Komitees mit geringen Modifikationen angenommen. Heute und morgen findet keine Sitzung statt. Samstag kommt die Frage des Kongresspräsidiums zur Verhandlung.

Carlowitz, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des serbischen Nationalkongresses stimmten 43 Deputirte gegen und 24 für das Doppelpräsidium des Kongresses im Sinne des Art. 13 des Kongressorganisationsentwurfes. Neun Deputirte waren abwesend. Montag wird die Debatte fortgesetzt.

Wien, 2. Juni. Der steirische Landeshauptmann Graf Gleispach zieht sich ins Privatleben zurück und nimmt kein Mandat mehr an. — Der Flügeladjutant des Kaisers Graf Berchtoldshelm ist zum russischen

Ich wollte in Bezug auf diese wünschenswerthe Abweigung von Tochtergemeinden aufmerksam machen, daß in Ungarn, wo in den weiten Niederungen sich noch mehr die großen Dürchfluten auf riesigen Ackergebieten ausgebildet haben, als bei uns, eine Verordnung vom 23. December 1858 besteht, die den neuentstehenden Ansiedlungen, wiewohl sie durch wenigstens 50 Grundbesitzer mit einem Besitze von wenigstens 1000 Joch errichtet werden, das Recht einer selbstständigen Gemeinde und die Befreiung von der Grundsteuer auf sechs Jahre und von der Haus- und Personal-Grundsteuer auf 15 Jahre zugesetzt. Wo nicht 1000 Joch und 50 Familien von wenigstens je 8 Joch Grundbesitz zusammen kommen, wird die Steuerfreiheit auf 3, beziehungsweise auf 6 Jahre zugesetzt.

Der siebenbürgisch-sächsischen landwirthschaftliche Verein sollte nicht unterlassen, die Ausdehnung dieser Verordnung auf Siebenbürgen zu erwirken. Sie mügte für unsere Verhältnisse den Zusatz erhalten, daß den Tochtergemeinden von Seiten der Muttergemeinde ein verhältnismäßiger Antheil aus der Gemeindevaltung und Gemeindeförderung auszuscheiden und aus der Gemeindeförderung eine angemessene Beisteuer zum Aufbau der eigenen Mühle und Schänke zu leisten sei.

In unserm Neustädter haben wir den Beweis dafür, daß eine Landgemeinde sich besser befindet, wenn sie einen kleineren Hattter, mit nahe gelegenen Feldern besitzt, und wenn sie — freilich auch für beschränkte Wirtschaft und Thätigkeit den Sinn hat, den wir übrigens allgemein mehr bei kleineren Gemeinden mit kleiner Gemeindegliederung, als bei Gemeinden mit großem Feldbesitz finden. In diesen fehlt die Veranlassung zur intensiven Wirtschaft, weil eben der viele und weit gelegene Grundbesitz nur die extensiv Wirtschaftsmethode lehnt. In kleineren Gemeinden mit nahe gelegenen, mäßig zugerechneten Boden wird die Arbeit und die Verbesserung zur Hauptsache; — in großen Gemeinden mit dem vielen weitgelegenen Boden sucht Jeder sein Heil nur in der natürlichen Bodenkraft. Arbeit ist mehr werth, als nur rohe Bodenkraft.

Doch ich gehe in die Verhältnisse Neustädts näher ein, welches die Wichtigkeit der obigen Ansichten zur Anschauung bringt. Neustadt hat bei 2200 Einwohner ein Ackergebiet von etwas über

2000 Joch; so daß man sagen kann, hier kommt auf einen Menschen 1 Joch Grundbesitz, während in Marienburg (und in mehreren sächsischen Dörfern im Burgenland) auf einen Einwohner 2 bis 3 Joch des Ackerz entfallen.

Die Neustädter sahen sich von jeher dahin gedrängt, Hausindustrien zu betreiben. Neben Spinnen, Weben, Ziegelschlag und Flachszugzeugung beschäftigten sie sich stark mit Delpressen und Brauntweibrennen. Diese letzten Industriezweige liefern die Abfälle für eine ergiebige Viehhaltung im Stalle. Daraus ergab sich die größere Düngerzeugung und die Möglichkeit, die Felder des ganzen Ackergebietes vollständig düngen und mit dem besser gehaltenen Vieh leichter und besser bearbeiten zu können.

Es drängte sich endlich die Ueberzeugung auf, daß die Brach- und Stoppelschneide entbehrlich werden könne, denn ohnehin wurden sie von den besten Wirthschäften nur noch für das Melkvieh benützt, weil diese verständigen Wirthschäfte einsahen, daß die bewährten Vortheile der Sommer-Stallfütterung für das Zug- und Melkvieh nach Möglichkeit auszunützen sind und durch die Stoppels- und Brachschneide nicht erreicht werden können. Wacker, verständige Männer waren von 1840 herwärts in der Neustädter Gemeindevertretung am Ruder; (ebenan der jetzige Ortsvorstand Herr Andr. Porr) und alsobald setzten sie das Unehörte durch, daß die reine Brache aufgegeben und Jedem der Anbau mit Futterkräutern und Hackfrüchten im Brachjahre frei gegeben ward.

Dabei ist es geblieben, bis heute. Nach einer Erfahrung und Uebung seit 26 bis 28 Jahren stehen die Neustädter heute neben dem Streben der besten Wirthschäfte, ihre Acker durch Kauf und Tausch zusammen zu legen, in einer passenden gemeinsamen Wechselwirtschaft, die den ganzen Hattter umfaßt.

Sie besorgen zwar noch immer die alte Eintheilung in die drei Felder. Doch beobachten sie nur den Anbau der Winter-Halmfrucht in jedem dritten Jahre. In den andern zwei Jahren vertheilen sie, und zwar jeder Landwirth nach seinem Gutdünken, nach den Grundrängen einer guten Düngung, dann Reinhaltung der Felder und der Natur des rothen Ackerz, welcher nur im sechsten Jahre wieder auf derselben Stelle gut gebeizet —

die Hackfrüchte und Sommergetreide und von den Futterkräutern den rothen Alee und die schwarze Wicke im Gemenge mit Gerben u. dergl. der Art, daß eine vollständige Ausnützung des Bodens bei guter Instandhaltung desselben, unter fleißiger Anwendung verbesserter Werkzeuge stattfindet.

Damit geht Hand in Hand die Haltung und Züchtung von ausgedehntem Melkvieh und vorzüglichsten, größten Pferden, dann die gute Stallwirthschaft neben einer Düngstätte mit Jauchebrunnen, deren Ergebnisse eine vollkommene entsprechende Verwendung im Feld und Garten sind; während daneben im Haus und Hof allerlei Hausindustrien die Hände und Köpfe bei Mann, Frau und Kindern in fleißiger Beschäftigung erhalten.

Da herrscht nicht diese Ebbe und Fluth in der Arbeit, wie wir sie lehtin in Marienburg bemerken. Diese Abwechslung in kurzer übermäßiger Anstrengung mit langen Perioden der Faulenzerei kommt nicht vor; denn der Neustädter hat nicht nur im Anbau und in der Ernte zu thun, weil er nicht nur Weizen und Gerste anbauet, und ist also nicht veranlagt, die übrige Zeit mit Weide, Wald und Wirthschaft zu „verschlimpern“; — sondern Tag für Tag hat der Neustädter mit dem Ackerleide des Anbaues, des Futterzupfrens, der Viehwartung, des Hackfrüchneidens und sonstiger Futterbereitung, des Zimmerns am Hof, an den Gebäuden und am Geräthe, und in den Nebengewerben, als: Ziegelschlag, Flachszug und Delbereitung und was noch sonst für fleißige Männer, Weiber und Kinder in einem gut eingerichteten und rein gehaltenen Haus und Hof eines Bauern vorkommt, vollauf und immerdar zu thun.

Neustadt ist ein prächtiger Ort, dem ich keine Gemeinde im Sachsenland an die Seite stellen kann; — selbst Neppendorf, Großau und Großpold bei Hermannstadt nicht, die auch, wenn gleich in anderer Weise, neuere Ansiedlungen sind und die Verdönerung der Alten allerdings weniger an sich tragen.

Neustadt ist wirtschaftlich gehoben auch durch die große Spiritusfabrik der Herren Zell und Argz von Kronstätt, welche in Neustadt bauen und betref der Wasserleitung u. dergl. sich mit der Gemeinde abfinden konnten, indem diese ihren Vortheil verständig wahrnahm und die Anträge

Militärattaché erabgeteilt.

In der hiesigen wurde die Super-Gesamtheittrag der Juli-Couponung genehmigt und der Linie an der Kongression von Lemesvar in Siebenbürgen. In Thal, Germain, Die italienische Regierung im Canton Tessin

Wien, Morgens 8 Uhr zuges der Westb-Dampfschiff nach halten werden. — Erzherzogin Prinz Rudolph nach sich ab.

Wien, rüchte sind übertrunden. — Laas Beobachtung der schlüß in der Aufschlüsselungs-Dog Antilchen durch die Partei des Fürsten Karl durch öffentlich pro die Juden große hergestellt.

Das gemein ist bereits zusammen acht Kandidaten b Der Kaiser Wien im Jahre 1 verständig. — Oze besichtigt.

Lin, 1. welche sich für die ist geschert. Vora Handelskammern theilweise ultramont Graß, 3. Bürgermeister von im Vere in dem treten der Handels bestehendes Wahlst in Verbindung zu die Demokraten hab

Graz, 4. wurde des angeschul gesprochen und zu Laibach, 1. gesuch um Begnabig verurtheilten Verals nicht hat die Abweil laut Regierung

Landgemeinden am Handelstammer am Praß, 1. In gewählten Concilio lächerlich. Hoffentlich bezichtigt bei den Concensionen charakt In Böhmen siehe Nach einer mährischen Adels und Adels zur Declarat

Praß, 2. treuen Großgrundbes Absention von den gänzungswahlen in Declaration wahrche

der Fabrikunternehm nimmermehr würde namentlich das Neb städter für die Vieh Bekehr und die gewonnen.

Wenn es nicht so würde sie, um d bers auf Neustadt zwischen Neustadt us sen beiden Dörfern theiligen könnten.

Von Neustadt vor uns, denn diese Neustadt. Ich widerstehe Gegenüberstellung von Rosenau in Vergleich mit Marienburg als für ein ander Mal, alle Landgemeinden

Mein Thema und Thal und durch Ländchen in ihrer los seitigkeit und im neuen Entwicklung de aufzufassen und darz Die lokale Be

lokal und aus der lokale Mensch ist so, ein wandelndes Gewe Luftstrom, die dem vuzielle oder Landw dieses interessanten, der Wässer und dem der Art ein Bild auftr und Leuten“ in diese Art ist.

R u s s l a n d.

München, 1. Juni. (Sitzung der Abgeordneten-Kammer.) Der Handelsminister Schöler erklärt bei der Debatte über den Anschlag an die südlichen Bahnhöfen, er habe mit der österreichischen Regierung keine Correspondenz wegen weiterer Bahnanträge, gepflögen, er habe auf Jahre hinaus keine Hoffnung auf einen solchen Anschlag. Gutler (Parteien-Partei) erklärt hierauf, ein solcher Handelsminister habe nicht das Vertrauen des Volkes und der Volksvertretung. Handelsminister Schöler verlangt die Formulierung dieses Mißtrauensvotums. Marquard Barth beantragt die Wiederaufnahme der bereits geschlossenen Debatte, um zu hören, ob das Mißtrauensvotum nicht bloß von Gutler, sondern von der Partei ausgehe, welcher Antrag mit 70 gegen 58 Stimmen abgelehnt wird.

Paris, 1. Juni. Die Regierung beabsichtigt, die Kammeression in der zweiten Juli-Hälfte zu schließen. Die Ernennung Picotet-Paradol's zum Gesandten in Washington scheint außer Zweifel. Fürst Latour d'Auvergne befindet sich besser. Neuerdings verläutet von seiner Ernennung für Wien.

Man versichert, der Minister und Präsident des Staatrathes, de Parieu, habe in Folge der Verminderung der Befugnisse des Staatrathes seine Demission gegeben. Man versichert, Barthelemy solle als Gesandter nach Brüssel und Laguerreniere als Gesandter nach Madrid gehen.

Florenz, 1. Juni. In der Provinz Sondrio wurde ein starker Grenzconcordat geschlossen, um eine Invasion der in Graubünden noch angesammelten italienischen Republikaner zu verhindern. Die Regierung des Cantons Tessin berühtete hierüber, sie werde alle italienischen Freischützer ausweisen lassen. In Bologna und anderen größeren Städten sind die Truppen fast permanent conquirent. Auf der Insel Sicilien haben sich auch bereits kleine Banden gezeigt. In Palermo gab es einen erwachsenen Zusammenstoß.

Florenz, 1. Juni. Folgende Details sind über die zuletzt bei Como aufgetauchte Bande bekannt geworden: Die Bande bestand beiläufig aus 50 Individuen, angeführt von einem gewissen Joseph Karban, und führte eine rothe Fahne mit der Aufschrift: „Gott und das Volk“ mit sich. Bei ihrem Eintreffen in Cusino bemächtigte sie sich in der Zollwächter-Kaserne einiger Munition. Ein Zollwächter, welcher allein in der Kaserne war, leistete energischen Widerstand, wurde zum Gefangenen gemacht, schließlich aber wieder freigelassen. Die Bande wurde hierauf von den Zollwächtern und Carabinieri verfolgt, schlug die Route nach Monte ein und ergiff in Gera die Flucht, nachdem sie diesen Ort von Truppen besetzt fand. Sie nahm nun die Richtung nach Gellio, wo ein Zusammenstoß mit den Truppen stattfand und die Bande unter Zurücklassung eines Gefangenen, welcher befristete, daß bei der Bande sich einige nach den Vorfällen von Pavia desertirte Unterofficiere befanden, zerstreut wurde. Die Bevölkerung blieb vollständig ruhig.

Genova, 1. Juni. Gerüchtwiese verläutet von dem Austausch einer neuen Bande in der Terra di Lavoro. Es wurden mehrere Individuen verhaftet, die bei der Bande in Calabrien theilhaftig waren. Das Gerücht erhält sich, daß fünfundsiebenzig griechische Briganten in Calabrien gelandet seien.

Madrid, 31. Mai. In der Cortesitzung beantragt Garrido, die Königswahl unzerlegt vorzunehmen. Wenn in drei aufeinander folgenden Abstimmungen ein König nicht gewählt würde, verlangt Garrido, daß die föderative Republik als Regierungsform angenommen werde. Hierauf werden verschiedene Petitionen gegen die neuen Handelsverträge vorgelegt. Sodann wird der Bericht der Commission für das Monarchen-Wahlgesetz vorgelesen. Nach demselben wird die betreffende Debatte acht Tage früher angeknüpft werden und die betreffende Sitzung bis zur Erwählung des Königs dauern, die Deputirten werden die Stimmzettel unterzeichnen. Die Wahl des Königs wird eine gültige sein, wenn sie mit Majorität einer Stimme von den anwesenden Deputirten votirt wird. Nach der Wahl wird der König in feierlicher Cortesitzung den Eid auf die Verfassung ablegen. Rogo-Novias stellt das Amendement, daß die Wahl des Monarchen durch absolute Majorität der hiezu gewählten Deputirten erfolgen solle.

Budget der Stadt Hermannstadt.

(Fortsetzung.)

Aus dem vorliegenden, in allen Einzelheiten sorgfältig gearbeiteten Nachweise über die Durchführung des vorjährigen Budget's wird die öffentliche Stadt-Communität ersicht, daß der Magistrat trotz mancher Hemmnisse, welche der Lauf des Jahres brachte, endlich bemüht war, das städtische Budget für 1869 in allen seinen Theilen möglichst vollständig durchzuführen und allen hierauf bezüglichen Beschlüssen der früheren Stadt-Communität gehörende Rechnung zu tragen. Die einzelnen Punkte, wo der Erfolg mit dem Voranschlage nicht übereinstimmt und wo eine vollständige Durchführung nicht erzielt werden konnte, treten in dem vorliegenden Operat mit allen wünschenswerthen Details klar hervor und erscheinen darin jeder einzelne Posten kurz aber für das Verständniß wohl ausreichend erläutert. Damit dieser Rechnungsbildungsbericht nicht eine unfruchtliche Ausdehnung erhalte, wird der Magistrat sich beschränken, hier nur die Hauptabschnitte und die bedeutendsten, einer ausführlichen Erläuterung bedürftigen Einzelposten zu besprechen, im Uebrigen aber auf den Inhalt des zugehörigen Operates hinzuweisen.

Die Gesamteinnahmen der Stadt-Cassa waren für das Jahr 1869 veranschlagt mit fl. 158,544, laut der vorliegenden Schlußbilanz haben sie eine Höhe von fl. 210,856.59 fr. erreicht. Der Erfolg weist sonach eine Mehreinnahme auf von fl. 52,312.59 fr. Hiezu concurrirten in diesem Jahre allerdings ganz besonders, außergewöhnliche Zusätze, indem der Titel: „nicht präliminirte Einnahmen“ eine Summe von fl. 48,391.75 fr. nachweist. Aber auch nach Abschlag dieser außergewöhnlichen Zusätze ergibt sich dem Voranschlag gegenüber noch immer eine Mehreinnahme von fl. 12,247 fr., welche allerdings durch einige, bei jedem größeren Haushalte unvermeidliche Ausfälle wieder etwas reducirt wird.

Das Hauptobject der städtischen Einnahmen bietet der erste Titel „gewöhnliche Einnahmen“. Der effective Ertrag dieses Titels bezieht sich mit fl. 161,864.84 fr. und einem mit Jahreschluß emporgeliebenen aber durchaus einbringlichen currenten Forderungsbetrag von fl. 5141.38 fr. Verglichen mit dem Voranschlag — fl. 157,851 — zeigt sich sonach in diesem Titel eine effective Mehreinnahme von fl. 9155.22 fr. Wiewohl die Gesamtsumme der Mehreinnahmen in diesem Titel auf fl. 12,247 fr. beläuft, bringen wir hier nur die obige Ziffer in Anschlag, weil der Gesamtziffer der Mehreinnahme auch ein Ausfall im Betrage von fl. 3,091.85 fr. gegenübersteht, so daß die ganze effective Mehreinnahme dieses Titels sich in der Summe von fl. 9155.22 fr. darstellt.

Die einzelnen Posten, welche einen Mehrertrag oder einen Ausfall ergeben, sind in dem anruhenden Nachweise genau ersichtlich gemacht. Den namhaftesten Mehrertrag weisen auf die städtischen Wäldungen und die Schanktaxen. Zu dem Ausfalle concurrirten in bedeutenderem Maße die Einfuhraccise von Wein, in Folge des minder guten Herbstes, die geringeren Wohnungszinse und einige emporgeliebene, bei Jahreschluß nicht eingegangene Activreste aus dem Vorjahre.

Bei der ersten Uebersicht dieses Titels fällt in die Augen, daß zu den Hauptertragsquellen der so vielfach in Anspruch genommenen Stadt-Cassa die Einfuhraccisen und die Schanktaxen gehören, welche wie früher so auch in dem Jahre 1869 einen Ertrag von fl. 68,334 mit sich weit über ein Drittel der Gesamteinnahmen der Stadt-Cassa repräsentiren. In der letztern Zeit hat sich eben gegen diese Einnahmequelle in ziemlich weiten Kreisen der Bürgerschaft eine — fast möchte man sagen feindliche — Strömung gebildet. Wenn auch die Gründe, welche gegen die Art und

Militärattaché ernannt. — Das neapolitanische Königspaar ist von Wien abgereist.

In der heutigen General-Verammlung der Staatsbahngesellschaft wurde die Superdividende per Aktie mit 35 Francs festgesetzt, so daß der Gesamtvertrag an Interzessen und Dividenden 60 Francs ausmacht und der Juli-Coupon mit 47 1/2 Francs eingelöst wird. Die Generalversammlung genehmigte die Konfessionsübernahme der Linie Valfány-Perjámos und der Linie Arab-Temesvár, so wie die Theilnehmung der Gesellschaft an der Konfessionswerbung um die serbischen Bahnen und an der Linie von Temesvár über Lugos nach Orsova mit einer Abzweigung nach Siebenbürgen. In den Verwaltungsrath wurden gewählt: Wodianer, Suchthal, Germain, Hartig und Anton Szécsen.

Die italienische Regierung richtete eine Reklamationsnote an die schweizer Regierung wegen Duldung und Ansammlungen von Flüchtlingen im Canton Tessin und drohte die Grenze militärisch zu besetzen.

Wien, 4. Juni. Ihre Majestät die Kaiserin wird sich heute Morgens 8 Uhr in Begleitung der Erzherzogin Valerie mittelst Separatzuges der Westbahn nach Gmunden und von dort um 2 Uhr mittelst Dampfschiff nach Ebnsee begeben, wo die nöthigen Postwagen bereit gehalten werden. Gegen halb 5 Uhr wird Ihre Majestät in Fisch eingetroffen. — Erzherzogin Gisela reist nächsten Donnerstag nach Fisch ab. — Kronprinz Rudolph macht Montag einen Ausflug nach West und reist von dort nach Fisch ab.

Wien, 4. Juni. Die an das Kaiser-Entree angeknüpften Gerüchte sind übertrieben. — Die Nachricht vom Wahlerlaß Laaff's ist erfunden. — Laaff instruirte mündlich den Statthalter wegen strenger Beobachtung der Wahlfriede. — Gestern hat in Rom der Generalabtheilungs-Versammlung in der Unschärftigkeit Verhandlung stattgefunden. Proklamirung des Unschärftigkeit-Dogmas ist bevorstehend.

Amlichen Berichten zufolge sind die Judenverfolgungen in Botuschan durch die Partei der „Kothen“ bei Gelegenheit der Thronbesteigungfeier des Fürsten Karl provoziert worden. Die Ruhe war bereits hergestellt, als durch öffentlich predigende Juden die Unruhen wieder erneuert wurden und die Juden große Plünderungen zu erleiden hatten. Jetzt ist die Ruhe hergestellt.

Das gemeinsame Budget, sowie das Rothbuch für die Delegationen ist bereits zusammengestellt. — Die Meritalen hoffen, in Niederösterreich acht Kandidaten durchzubringen.

Der Kaiser sanktionirte die Ausschreibung einer Weltausstellung in Wien im Jahre 1873 und wurden hievon die fremden Regierungen heute verständigt. — Graf Sigismund Thun ist zum Landeshauptmann Böhmens designirt.

Prag, 1. Juni. In Nied fand eine Wählerversammlung statt, welche sich für die Candidatur Weich's erklärte. Die Wiederwahl desselben ist gesichert. Voraussetzlich werden die Wahlen in den Städten und Handelskammern liberal, im Großgrundbesitz ganz, in den Landgemeinden theilweise ultramontan ausgefallen.

Prag, 3. Juni. Dr. Wajer erklärt in einer Zuschrift an den Bürgermeister von Pettau, daß er nicht mehr candidiren werde.

In der heutigen Landtagswählerversammlung, welche vom Vorcomité im Vereine mit den Industriellen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Vertretern der Handelskammer einberufen wurde, ist ein aus 46 Mitgliedern bestehendes Wahlcomité gewählt worden, welches sich auch mit dem Lande in Verbindung zu setzen hat. Alle liberalen Parteien sind darin vertreten; die Demokraten haben die Majorität.

Prag, 4. Juni. Der Redacteur der „Freiheit“, Zimmermann, wurde des angeklügten Vergehens gegen die öffentliche Ordnung schuldig gesprochen und zu einer Arreststrafe von einer Woche verurtheilt.

Prag, 1. Juni. Der Kaiserliche Fürstbischof hat ein Majestätsgeheuch um Begnadigung des wegen einer aufreizenden Prebigkeit rechtskräftig verurtheilten Lokal-Kaplans Rapprinitar eingereicht. Das hiesige Landesgericht hat die Abweisung beantragt.

Laut Regierungskundmachung finden die Landtagswahlen für die Landgemeinden am 28. Juni, für die Städte und Märkte und für die Handelskammern am 28. Juni, für den Großgrundbesitz am 1. Juli statt.

Prag, 1. Juni. Die geistlichen Blätter besprechen die den Polen gewährten Concessionen mit Hohn. Das Maß derselben sei geradezu lächerlich. Hoffentlich werde der galizische Landtag nicht dieselbe Maßlosigkeit bei den Wahlen für den Reichstag kundgeben. Diese politischen Concessionen charakterisiren recht die Ausgleichspolitik des Grafen Potocki. In Böhmen sehne sich Niemand nach einem „solchen“ Ausgleich.

Nach einer officiellen Mittheilung hat sich ein großer Theil des mährischen Adels unter Mißbilligung des erfolgten Beitrittes des Feudal-Adels zur Declaration von dem Feudal-Adel losgesagt.

Prag, 2. Juni. Der Feudal-Adel agitirt unter den verfassungstreuen Großgrundbesitzern für Niederlegung des Landtagsmandates oder Abtention von den Sitzungen des Landtages. Am 7. Juli finden die Ergänzungswahlen in den Landtag statt. In Prag ist die Wiederwahl der Declaration wahrscheinlich.

der Fabrikunternehmer einging; was in andern sächsischen Gemeinden sich nimmermehr würde haben finden lassen. Die Abfälle aus dieser Fabrik, namentlich das Nebenprodukt der Schlempe u. dergl. kommen dem Neustädter für die Viehhaltung zu Statten und er hat durch den größeren Verkehr und die größere Arbeitsverwendung in der Fabrik wesentlich gewonnen.

Wenn es wirklich zu einer Zuckerrabrik im Burzenland kommen sollte, so würde sie, um des erforderlichen Nebenquantums sicher zu sein, besonders auf Neustadt respectiren müssen und fände also den besten Standort zwischen Neustadt und Weidenbach an einen Punkt gestellt, wo neben diesen beiden Dörfern sich leichter auch Rosenau, Wolfendorf und Zeiden theiligen könnten.

Von Neustadt aus haben wir auch schon die Burg von Rosenau vor uns, denn dieser ansehnliche Markt liegt kaum 1/2 Meile weit von Neustadt.

Ich widerstehe heute der Versuchung, nach der vorangegangenen Gegenüberstellung von Marienburg und Neustadt, auch das nahe gelegene Rosenau in Vergleich zu bringen, welches allerdings mehr Aehnlichkeit hat mit Marienburg als mit Neustadt. Ich lasse die Besprechung Rosenau's für ein ander Mal, wo ich einen volknaturgeschichtlichen Rundgang durch alle Landgemeinden des Burzenlandes auszuführen gedenke.

Mein Thema wird sein: diese Gemeinden in diesem durch Berg und Thal und durch historisch-soziale Eigenart abgegrenzten Kronländer Ländchen in ihrer lokalen Besonderheit sowohl, als auch in ihrer gegenseitigkeit und im Einklang innerhalb der historisch, sozialen und nationalen Entwicklung des Burzenlandes und seines Centrum's Rosenau abt aufzufassen und darzustellen.

Die lokale Besonderheit wird sich besonders aus der Lage jedes Ortes und aus der Art und Größe seiner Gemarkung ergeben; denn der lokale Mensch ist so, wie es der Boden mit sich bringt, von dem er lebt: ein wandelndes Gewächs, hervorgegangen aus der Bodenplastik und dem Luftraum, die dem Gemeindegelände eigen sind. Ebenso wird sich die provinzielle oder landwirtschaftliche Besonderheit und Zusammengehörigkeit dieses interessanten „Burzenländchens“ aus der Bodenbildung, dem Zug der Wässer und dem Klima desselben im Ganzen ergeben. Es wird sich der Art ein Bild auflösen des wunderbarsten Zusammenwirkens von „Land und Leuten“ in diesem Rahmen, Burzenland genannt, das einzig in seiner Art ist.

Höhe dieser Abgaben angeführt werden, eines gewissen Gewichtes nicht entbehren, so erscheint die feindliche Strömung so, wie sie auftritt, doch nicht gerechtfertigt. Es erscheint wohl angezeigt, bei diesem Anlag ein flüchtiges Streiflicht auf die Frage zu werfen.

Die nachfolgenden Ausgabestitel weisen zweifellos nach, daß der Ertrag des eigentlichen Gemeinvermögens bei weitem nicht zureicht, die städtischen Bedürfnisse zu decken und den unabwieslichen Anforderungen an den Stadtsäckel zu genügen. Wegen Bedeutung dieses Abanges mußte schon seit alten Zeiten in anderer Weise Rath geschafft werden. Das geschah denn auch hauptsächlich auf zwei Wegen; durch mögliche — nachhaltige — Steigerung der Ertragsfähigkeit des Gemeinvermögens und durch directe und indirecte Besteuerung der Bürgerschaft. Die Steigerung der Ertragsfähigkeit hat gewisse Grenzen, welche durch die Natur der Sache und durch äußere nicht in unserer Gewalt stehende Umstände gezogen werden. Was es mit der directen Besteuerung durch Gemeindegewerbesteuer auf sich hat und welche Resultate sie liefert, das hat die Stadt und ihre Bewohner wohl zur Genüge erprobt während des Bestandes der 17 1/2 % Gemeindegewerbesteuer. Es lebt noch ganz frisch in Aller Gedächtniß, wie schwer der einzelne Steuerträger diese Umlage empfunden und dennoch lieferte sie, trotz der 17 1/2 % für den Stadtsäckel jährlich kaum über 7000 bis 8000 fl., mithin kaum den achten Theil der eben erwähnten Accisen und Schanktaxen.

Diese Steuern sind nichts anderes, als eine Art der indirecten Besteuerung. Es läßt sich gewiß nicht bestreiten, daß auch diese Abgabe eine empfindliche ist, sie hat aber mit allen indirecten Steuern das gemein, daß sie im Verhältniß zu ihrem Ertrag weit weniger drückend ist, als eine viel geringere directe Steuer. Der Grund liegt einfach darin, daß directe Steuern immer nur den Steuerzahler, also einen viel kleineren Kreis treffen, während die indirecte Steuer nicht nur den unmittelbaren Zahler, sondern die Gesamtheit der Consumenten trifft, mithin durch die große Anzahl der Mittragenden und durch die weniger merkliche Art ihrer Entrichtung — Einrechnung in den Preis, hier namentlich der Getränke — viel leichter getragen und viel weniger empfunden wird. Zu dieser indirecten Steuer concurrirt nicht nur der Bürger, sondern jeder Marktbesucher, Jeder, der in der Stadt ein Glas Wein, Bier oder Branntwein trinkt. Wohin würde es führen, wenn man diese indirecten Abgaben auflösen oder beträchtlich ermäßigen wollte, dafür aber die Deckung des Ausfalles der einheimischen Bürgerschaft allein überlassen, durch eine entsprechende directe Gemeindegewerbesteuer? (Fortf. folgt.)

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 7. Juni. — (Vom Lande.) Infolge mehrerer, aus verschiedenen Gegenden Siebenbürgens eingelaufenen Nachrichten, haben Regengüsse und Hagelstöße die Sommerarbeiten in der Gemarkung vieler Gemeinden hart mitgenommen. Als Trost gegenüber diesen betrübenden Nachrichten mag der erfreuliche Umstand dienen, daß in den übrigen von den Elementarfeinden verschont gebliebenen Gegenden des Landes die beste Aussicht auf eine segnete Ernte vorhanden ist.

Die romanische Intelligenz des Ködärer Districtes als Collectiv-Körperschaft und der Blasendorf Domherr Constantin Pappalovi sind dem siebenbürgischen Vereine für Literatur und Cultur des romanischen Volkes mit je einer Grundentlastungsobligation von 200 fl. als gründende Mitglieder beigetreten.

Man schreibt uns aus Broos, 5. Juni: Die Pflöcker Brücke über den Strellfluß ist nach Bekämpfung vielfacher Schwierigkeiten durch das k. ung. Bauamt in Broos, gestern Nachmittags dem öffentlichen Verkehr wieder übergeben worden.

Theater.

Hermannstadt, 7. Juni. Wenn an einem regenreichen zweiten Pfingstfeiertage das Cudresultat eines Ausfluges in den jungen Wald günstigen Falles nur ein tüchtiger Schuppen sein kann, werden selbst jene anderer Meinung, welche die Hitze bei Theateraufführungen im Sommer durch ihre Abwesenheit mindern wollen. Selbst die ersten Ranglogen erfreuten das Auge nicht nur mit dem Anblick der wenigen Kunstfreunde, welche die Unterstützung des Theaters durch Abonnement für ihre Pflicht halten, sondern waren fast sämmtlich mit einem farbenreichen Kranz eleganter Damen besetzt.

Zur Aufführung kam ein echtes Feiertagsstück: „Die Abstinenz im Gemeindefest“, Pöffe von Fr. Hopp. Es ist dies eines von jenen Stücken, von deren Wigen Wallner sagt: „Man ärgert sich, daß man über solche Dummheit lachen kann, lacht aber je länger, desto mehr.“ Freilich war auch unser alter Hajek als „Cyprian Dödel“ ein wahrhafter Scholz in 2. Auflage, und seine humorvollen Couplets machten selbst den mit modernen Dacapoverten aufgeputzten Couplet des Herrn Lugs erfolgreich concurrenz. Doch auch letzterer als „Valrian Zwidert“ war gewissenhaft bestrebt, daß er sein Renommée als tüchtiger Komiker in jeder Beziehung aufrecht erhalte. Ueberhaupt schien die Parole sämmtlicher Darsteller zu sein: „Ihr sollt und müßt lachen!“ Denn auch die kleineren komischen Partien des „Mauskopf“, des „Ohrstössel“ und des „Agelisch“ kamen durch die Herren Webersid, Seeling und Klein, wie nicht minder die Episoden des „Donnerstein“, „Wißhahn“ und „Schneevogel“ durch die Herren Dangler, Glück und Thallner zu beiter wirkender Geltung.

Auf die heutige Benefizvorstellung zu Gunsten Fräulein Gwals's ist schon aufmerksam gemacht worden; möge die noch immer nicht ganz Genese wenigstens der Anblick eines vollen Hauses erfreuen. Samtag kommt Supp's Operette „Kotte Burche“ zur Aufführung.

Stadt-Theater in Hermannstadt.

Heute Dienstag den 7. Juni 1870:

Zum Vortheile der Schauspielerin Adele Gwald.

Cin Glas Wasser,

oder:

Ursachen und Folgen.

Ausfpiel in 5 Akten. Nach Scrite bearbeitet von Th. Sell.

Anzeige.

Ich mache dem geehrten p. t. Publicum die ergebene Anzeige, daß ich einen großen Gemälde-Salon auf dem Kaiserplatz, mit 150 Plätzen beleuchtet, aufgestellt habe, und glaube einen jeden von meinen Besuchern zufrieden zu stellen, indem die Gemälde von den ersten Meistern verfertigt worden sind.

Jeder Besucher des Gemälde-Salons erhält ein Präsent gratis.

Ich sehe meinen Besuchern freundlich entgegen,

achtungsvoll

Georg Ehl,

Barockstra. - Besitzer.

Telegr. Wiener Cours vom 4. Juni 1870.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries like 5% Metalliques, 5% Mit Not- und Novemb., National-Anlehen (Silber), 1869 Staats-Anlehen, Bankactien, Creditactien, London, Ungar. Grundentlastungsb., Temes., Eisenb., Croat. Slav., Silber, A. t. Währ.-Dollaren, Napoleonbr.

